

W ereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 52/53

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 24. Dezember 1921

Anzeigen kosten die sechsgepaaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzusenden),
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

35. Jahrg.

Beiratsitzung.

Vom 9. bis 11. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zum ersten Male unser Beirat in seiner neuen Zusammensetzung nach der Frankfurter Generalversammlung. Außer dem Vorstand, dem Vorsitzenden des Ausschusses und den Bezirksleitern waren anwesend vom Bezirk 1 die Kollegen K o n i t z e, Berlin, G o l d a m, Breslau, vom Bezirk 2 die Kollegen S c h u m a c h e r, Darmstadt, R ö s c h, Mainz, vom Bezirk 3 die Kollegen K o h n, Kiel, Otten, Bremen, vom Bezirk 4 die Kollegen A l b e r g, Köln, Krügel, Essen, vom Bezirk 5 die Kollegen K o s t, Chemnitz, Sturm, Dessau, vom Bezirk 6 die Kollegen W e h l i c, Mannheim, D e t t i n g e r, Stuttgart, vom Bezirk 7 die Kollegen B i e s m a n g e r, Augsburg, B o r n b e r g e r, Würzburg. Zur Tagesordnung stand: Bericht des Vorstandes, Beitrags-erhöhung und Unterstützungsreform, Beratung des Entwurfs zu einem neuen Reichstarifvertrag, Lackiererstatistik und Lackiererkonferenz und Verschiedenes.

Zum ersten Punkt wurden vom Vorsitzenden, nachdem er einleitend auf die allgemeine wirtschaftliche Lage einen kurzen Rückblick geworfen hatte, alle wichtigen Vorgänge im Verbands des näheren beleuchtet. Die Bautätigkeit hat sich im Laufe dieses Jahres gut gehoben. Der Wohnungsbau hat sich trotz ungeheurer Verteuerung der Baumaterialien und anderer Unkosten und trotz der finanziellen Notlage des Reiches, der Länder und Gemeinden nicht mehr zurückhalten. Auch notwendige Staatsbauten müßten hergestellt werden. Dazu kommen zahlreiche Umbauten und Renovierungsarbeiten in geschäftlichen Unternehmungen aller Art. Wären die vom Reich bewilligten Mittel frühzeitiger, statt im Spätsommer, bereitgestellt worden, dann hätten wir das ganze Jahr hindurch eine glänzende Konjunktur und nach dem Herbst zu Arbeitermangel zu verzeichnen gehabt. Gewiß seien die Ansichten infolge unserer schlechten Valuta trotz starker Geschäftstätigkeit in allen Zweigen unserer Industrie nicht günstig; denn Mangel an Rohstoffen und Absperrungsmaßnahmen gegen unsere Ausfuhr könnten leicht zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft, zu großer Arbeitslosigkeit und damit zu gesteigerter Verelendung breiter Arbeitermassen führen. Vielleicht aber könnten diese Gefahren überwunden werden; denn auch das Ausland zeige mehr und mehr, daß es begreift, daß diese Entwicklung nicht in seinem Interesse liegt. Bei dem ungeheuren Wohnungsmangel und der unausgeseht vorwärtstreibenden Umschichtung des Geschäftslebens könnten Bauaufträge und Renovierungsarbeiten nicht ausbleiben. Davon aber würde unser Beruf profitieren. Wenn auch zeitweise in unserm Gewerbe Arbeitermangel war, so sei die Frage der Umschulung für uns keine brennende. Wie bisher hat der Verbandsvorstand seine Haupttätigkeit auf die Verbesserung der Lohnverhältnisse gerichtet. Ueber die im Laufe des Jahres stattgefundenen Verhandlungen sind die Kollegen eingehend unterrichtet worden. In den ersten 3 Quartalen dieses Jahres kam es in 99 Fällen zu Lohnkämpfen für die Kollegen im Baugewerbe mit 5468 Beteiligten, in der Industrie kam es in 209 Fällen zu Streiks, wozu 2378 Kollegen beteiligt waren. Insgesamt wurden für diese Kämpfe 1.136.000 M. verausgabt. Verschiedene sogenannte wilde Streiks konnten nicht gebilligt werden. Zu den vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfen nahm der Vorstand des öfteren Stellung, ebenso beschäftigte er sich sehr eingehend mit Fragen des Gesundheitswesens, besonders der Bleifrage, die auf der Genfer internationalen Konferenz einen vorläufigen Abschluß erfuhr. Für die Unterstützung und Förderung der sozialen Baubetriebe wurden weitere Mittel bewilligt. Unsern Lehrlingsabteilungen haben sich bis jetzt 1847 Lehrlinge angeschlossen. Der Frage des Lehrlingswesens wurde ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet und erwogen, ob im kommenden Jahre noch eingehendere Agitation dafür entfaltet werden solle. Im Anschluß an diese Ausführungen erstattete Kollege G e i r i c h einen ausführlichen Bericht über die finanziellen Verhältnisse des Verbandes. Die Zahl der Mitglieder betrug 56.671, davon 326 weibliche; in der

Besang der Tannenbäume.

Wir sind so viele,
Wir harren im Walde,
Wir seufzen im Winde
Und knarren im Sturm.

Wir sind so viele,
Wir stehen im Dunkel,
Umflossen von Nebel,
Umgeistert von Licht.

Wir sind so viele,
Wir tragen den Regen,
Die brennende Sonne,
Den eisigen Schnee.

Wir sind so viele,
Wir recken die Zweige,
Wir breiten die Äste
Voll Sehnsucht aus.

Wir harren der Freude,
Wir harren der Schönheit,
Wir harren der Herzen
Im jubelnden Haus.

Ernst Dreycang.

Industrie sind 15.728 Kollegen tätig. Nach der Zahl der zurzeit im Berufe Tätigen haben wir so ziemlich die Höchstzahl der Organisationsfähigen erreicht. Diese Zahl zu erhalten, müsse unsere Aufgabe sein. Die Vermögen der Filialen haben sich verdoppelt; leider treffe das nicht auf die Hauptkasse zu, weil sie gerade im letzten Halbjahr äußerst schwer belastet worden ist, dafür aber noch keine Deckung erhalten hat. Trotzdem ist unsere Finanzlage nicht etwa ungünstig. Wir haben 4 Millionen Kassenbestand überschritten. Es müssen aber bei den steigenden Ansprüchen die Beiträge für die Hauptkasse in besseren Einlang mit den jetzigen Stundenlöhnen gebracht werden. Eine gründliche Reform muß stattfinden, die notwendigen Anträge werden dem Beirat unterbreitet; wollen wir unsern Kampffonds angemessen erhöhen, wird es gut sein, im kommenden Frühjahr für die Hauptkasse noch besondere Einnahmen zu schaffen.

Die folgende Aussprache ergab, daß gegen die Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen keine Einwendungen erhoben wurden. Da aber die meisten Redner zur geplanten Beitrags- und Unterstützungsreform Stellung nahmen, wurde der zweite Punkt der Tagesordnung mit zur Debatte gestellt. Es erübrigt sich aber, hier weiter darauf einzugehen, da in der vorigen Nummer bereits die Beschlüsse des Beirates zu dieser Frage bekanntgegeben sind. Zu verschiedenen Anregungen, die in der Diskussion weiter erörtert wurden, wird zu geeigneter Zeit noch Stellung zu nehmen sein.

Einen breiten Raum der Beratungen nahm der dritte Punkt der Tagesordnung ein, Entwurf zu einem neuen Reichstarifvertrag.

Vorerst gab Kollege S t r e i n e eine Uebersicht über die bisherigen Verhandlungsmethoden bei den Lohnverhandlungen und wies auf die Stellungnahme des Verbandstages hierzu hin. Die eingehende Diskussion, an der sich sämtliche Beiratsmitglieder beteiligten, brachte zum Ausdruck, daß an dem zentralen Charakter des Reichstarifvertrags festgehalten werden soll. Die zahlreichen Änderungsanträge aus den Filialen zu den geltenden Bestimmungen wurden bei den weiteren Beratungen mit

zur Erörterung gestellt. In allen Punkten wurde Uebereinstimmung erzielt, so daß die Fertigstellung des Tarifmusters für die kommenden Tarifverhandlungen durch den Verbandsvorstand erfolgen wird.

Zur Frage! Lackiererkonferenz und Lackiererkonferenzen gab Kollege S t r e i n e bekannt, daß die Bearbeitung der vorgenommenen Statistik im Gange sei und nach Beendigung das Ergebnis baldigst veröffentlicht werde. Zu einer danach einuberufenden Konferenz würde das neue Material eine gute Grundlage bieten. Es handelte sich dann noch um die Frage, ob wieder eine allgemeine Lackiererkonferenz stattfinden soll oder ob die Einberufung von Spezialkonferenzen oder von Bezirks-Lackiererkonferenzen das Wünschenswertere sei. Nach kurzer Debatte erklärte sich der Beirat mit letzterem einverstanden. Der von einer Seite geäußerte Wunsch, allmonatlich Betriebsfragebogen herauszugeben und dem Vorstand zur Bearbeitung einzusenden, fand keine Unterstützung, er wäre auch praktisch unausführbar.

Eine längere Aussprache ergab sich noch bei der Erörterung der Frage über die Gründung eines Baugewerksbundes, wozu der Vorsitzende ein übersichtliches Bild von dem bisherigen Entwicklungsstande und dem jetzigen Stand in dieser Angelegenheit vorausschickte. Den Zusammenschluß in Eilempo zu betreiben, halten wir nicht für richtig, die Frage muß sich ausreifen. Fraglich sei, ob später, nach dem Zusammenfluß, in einer so großen Organisation die Fachverbände weiter ihre Selbstständigkeit wahren könnten. Die Erfahrung lehrt, daß später Reibungen nicht ausbleiben und das demokratische Selbstbestimmungsrecht verschwinde. In Tariffragen, Agitation, Festsetzung von Beiträgen, bei Lohnbewegungen usw. würden Auseinandersetzungen nicht ausbleiben, die kleinere Gruppe werde sich immer fügen müssen, anders sei es auch gar nicht möglich. Zu glauben, daß unsere Kollegen, wenn sie dem Baugewerksbund angeschlossen sind, auch den gleichen Lohn haben, wäre trügerisch. Die beruflichen Verhältnisse werden da maßgebend sein, immer bleiben die Konjunkturverhältnisse ausschlaggebend, darüber müssen unsere Verbandskollegen sich klar werden. Ihnen Illusionen zu machen, habe keinen Wert. Die einzelnen Redner brachten zum Ausdruck, daß über die Licht- und Schattenseiten dieses Problems in die Mitgliederkreise Aufklärung gebracht werden müsse, da, wenn die beiden großen Verbände im Baugewerbe im nächsten Jahre auf ihren Verbandstagen dazu Stellung genommen haben, auch unsere Organisation der Frage näher treten müsse. Der Beschluß des Frankfurter Verbandstages bleibe bis dahin für uns maßgebend.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung mußte noch die Regelung der Gehälter für die Angestellten vorgenommen werden, da die im vorigen Jahre beschlossene Gehaltskala nur bis Oktober dieses Jahres in Kraft geblieben war. Kollege G e i r i c h unterbreitete eine Vorlage, die sich auf die örtlich gezahlten Stundenlöhne mit prozentualen Aufschlägen, wie es seit längerem in andern Verbänden eingeführt ist, aufbaute. Nach längerer Beratung wurde die Vorlage gegen 2 Stimmen angenommen. Zum Schluß kamen noch einige vom Verbandstag dem Vorstand und Beirat überwiesene Anträge zur Erledigung.

Der Verbandsvorsitzende wies dann auf die vielseitige Arbeit dieser Tagung hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beschlüsse zum weiteren Gedeihen und zur inneren Stärke unseres Verbandes gereichen möchten.

Nachprüfung der Lohnzulage für den Januar beantragt.

Das Haupttarifamt für das Malergewerbe setzte in seiner Sitzung vom 23. November außer einer Lohnzulage von 2,50 M. für den Dezember zunächst für den Januar eine Zulage von 75 % fest. Die so vom 1. Januar an bestehenden Tariflöhne können jedoch, wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern, einer Nachprüfung unterzogen werden. Danach hat sich der Verbandsvorstand entschlossen, in Uebereinstimmung mit zahlreichen Stimmen aus den Kreisen unserer Kollegen und

Zitieren am 12. Dezember beim Reichsbund für das Malergewerbe eine Sitzung des Haupttarifamtes zu beantragen. Es ist anzunehmen, daß diese in den letzten Tagen des Dezember im Reichsarbeitsministerium stattfindet. Das Vorgehen wird auch von den übrigen Gehilfenorganisationen befürwortet.

Die Bleiweißfrage auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

In Nr. 48 des „Vereins-Anzeiger“ gab ich einen kurzen Vorbericht über die Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz zur Frage eines Bleiweißverbotes für das Malergewerbe und fügte das schließlich zustande gekommene Uebereinkommen in seinen wichtigsten Teilen wörtlich, im übrigen auszugeweiht an. Es sei mir nun gestattet, auf die Verhandlungen näher einzugehen.

Da muß vorausgeschickt werden, daß internationale Tagungen naturgemäß wegen der Sprachunterschiede stets schwieriger und wegen der notwendigen Uebersetzungen viel zeitraubender sind als nationale Zusammenkünfte. Auf die Genfer Konferenz traf dies in erhöhtem Maße zu: Einmal wegen der Mitwirkung ungemein zahlreicher Länder aus allen Teilen der Welt mit sehr verschiedenen Grundanschauungen über soziale Probleme und sehr abweichenden Rechts- und Produktionsverhältnissen, deren Vertreter sich dann immer wieder aus so heterogenen Elementen wie Arbeiter, Arbeitgeber und Regierungsbeamten mit ihren technischen Ratgebern zusammensetzten, so daß die schärfsten Gegensätze hervortraten; ferner, weil, soweit es vor allem die Bleiweißfrage angeht, technische Kenntnisse notwendig sind und viele technische Ausdrücke angewandt werden müssen, die schwer zu übersetzen sind, in den verschiedenen Ländern aber auch verschiedener Art und Weise sind und darum leicht zu irrtümlichen Auffassungen führen können. Für die deutsch-sprechenden Vertretungen kam noch hinzu, daß die offiziellen Konferenzsprachen nur die englische und die französische sind, so daß sie die fremdsprachigen Reden nicht in ihre eigene Sprache übersetzt erhalten, wozu noch kam, daß die im Deutschen gehaltenen Reden von den von hier mitgenommenen inoffiziellen Uebersetzern nicht so wirkungsvoll vorgetragen wurden, als es erwünscht gewesen wäre. Doch das nur nebenbei. Der Standpunkt, insbesondere auch der deutschen Arbeitervertretung, in trotzdem, wenn es nötig war, genügend zum Ausdruck gekommen. Sahen doch deutsche Vertreter in fast allen zu den verschiedenen auf der Konferenz behandelten Fragen eingeleiteten Unterkommissionen; so in der aus 24 Mitgliedern bestehenden Bleiweißkommission ein Vertreter der deutschen Regierung, ein Arbeitgebervertreter (Bleiweißfabrikant) und der Unterzeichnete für die Arbeiter. Eine weitere Schwierigkeit für die deutsche Vertretung bestand außerdem darin, daß die Verhandlungen nach den Gebräuchen der englischen Parlamentspraxis geführt wurden, an die man sich erst gewöhnen muß, zumal sie weniger auf bestimmten Vorschriften als auf Gewohnheitsrecht beruht.

Gewerbetrieben muß noch werden, daß die Verhandlungen der Bleiweißkommission und in hohem Maße auch der Konferenz überhaupt an dem starken Einfluß der Bleiweißindustrie gegenüber den Angehörigen des Malergewerbes litt. Wenn wir auch nicht den Beruf in uns fühlen, für die Vertretung der Arbeitgeber unseres Gewerbes bei den zwischen uns auch in der Bleiweißfrage bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine Lanze zu brechen, so berührte es doch sonderbar, daß unter den 8 Unternehmervertretern der Bleiweißkommission nur ein (englischer) Malermeister, dagegen aber 7 Bleiweißindustrielle oder doch deren Vertreter saßen, wozu dann nur noch im Plenum des Kongresses der bekannte frühere Wiener Malermeister Meisel

am. Natürlich hat sich das Bleikapital die Vertretung seiner Interessen ein gehöriges Stück Geld kosten lassen und eine Propaganda vor und hinter den Kulissen veranstaltet, die nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Ziehen auch die Malermeister mit den Bleiweißfabrikanten meist an einem Strange, manches, was von uns Praktikern des Malergewerbes aus Arbeitertreuen gesagt wurde, hätte sicher von den Praktikern auf der Gegenseite zugegeben werden müssen, entgegen den Behauptungen der Bleiweißindustriellen, denen es lediglich darauf ankam, einem Verbot des Bleiweiß, selbst auch mit starken Einschränkungen, aus dem Wege zu gehen und dafür sich für möglichst weitgehende Schutzmaßnahmen in den Malerwerkstätten einzusetzen, von denen wir leider befürchten, daß sie nicht die von ihnen erhofften günstigen Wirkungen auslösen. Natürlich zeigte es sich in Genf aber auch deutlich, wach grober Unfug es war, daß man uns in Deutschland vorzuziehen wollte, hinter den Bestrebungen gegen das Bleiweiß stecke die böse Entente, die die deutsche Industrie vernichten wollte. Hier zogen die Bleiindustriellen aller vertretenen Länder an einem Strange. Das Band des kapitalistischen Interesses umschlang alle, viel fester als das Gemeinheitsgefühl der Arbeitervertreter, von denen der von Australien nur für Schutzmaßnahmen — allerdings sehr weitgehende — glaubte eintreten zu können, was natürlich von der Gegenseite weidlich ausgenutzt wurde. Offenlich werden nach diesen Erfahrungen jene naiven Leute, zu diesen gehören leider auch gewisse Ärzte, in Zukunft etwas vorsichtiger sein, wenn sie von den Bleiweißfabrikanten und ihren Stipendiaten eingefangen werden sollen.

Die Erörterungen der Bleiweißfrage waren, wie schon erwähnt, besonders schwierig, weil hier viele medizinische und technische Fachfragen eine wesentliche Rolle spielten. So wurden denn die Verhandlungen, besonders der Bleiweißkommission, tagelang ausgefüllt von wissenschaftlichen Darlegungen, bei denen sich die verschiedensten Anschauungen scharf gegenüberstanden. Dieser Streit, vor allem der Ärzte, machte auf die zuhörenden Laien keinen erhebenden Eindruck, zumal manche Behauptungen mit den täglichen Beobachtungen der Nichtärzte in starkem Gegensatz standen. Was sollte man zum Beispiel dazu sagen, wenn der technische Ratgeber der deutschen Regierungsvorstellung, ein Univeritätsprofessor, seine Schlüsse über die Gefahr der Bleivergiftung im deutschen Malergewerbe in der Hauptsache aus der Untersuchung von 16 Malergehilfen zog, oder wenn ein englischer Arzt die Anwesenheit von Blei im menschlichen Körper verglich mit der Anwesenheit gewisser Gifte, die manchem Kranken zu Selbstzwecken zugeführt werden, was den Juref auslöste, daß die Malerwerkstätten oder Bleiweißfabriken dann wohl die reinsten Sanatorien seien. Der Streit der Ärzte über die Möglichkeit einer genauen Diagnose, über den Umfang der Bleivergiftung und über den Weg, auf dem das Blei am häufigsten in den Körper eindringt, führte schließlich zu dem Beschluß, daß diese Fragen einem ärztlichen Unterausschuß zu unterbreiten seien. — Die aufgeworfenen Fragen wurden wie folgt formuliert:

Gestattet der gegenwärtige Stand der medizinischen Wissenschaft eine genaue Diagnose der Bleivergiftung? Wie groß ist nach der Statistik die Bleigefahr im Malergewerbe?

Auf welchem Wege dringt das Blei am häufigsten in den Körper ein?

Der aus den 8 anwesenden Ärzten gebildete Unterausschuß beantwortete nach mehrtägigen Sonderberatungen die ihm unterbreiteten Fragen wie folgt:

Die medizinische Wissenschaft ist seit langem in der Lage, mit Sicherheit die typischen und schweren Fälle von Bleivergiftung zu diagnostizieren.

Die modernen Verfahrensarten geben der medizinischen Wissenschaft, das heißt den dazu vorgebildeten Ärzten,

die Möglichkeit: 1. die meisten zweifelhaften Fälle von Bleivergiftung zu erkennen; 2. die Fälle auszuscheiden, wo zu unrecht Bleivergiftung festgestellt ist; 3. früher als ehemals den Beginn der Bleiaufnahme in den Körper und der Bleivergiftung zu erkennen.

Der medizinische Unterausschuß ist der Ansicht, daß für die Anstreicher, die sich des Bleiweißes und anderer Bleiverbindungen bedienen, die Bleivergiftung die schwerste Berufsgefahr ist; in dessen sind die Statistiken mangelhaft:

1. Was die Sterblichkeit anbetrifft: a) in erster Linie durch die Einordnung von Bleiweißtodesfällen unter andere Rubriken; b) in zweiter Linie durch die Einreihung von Todesfällen, die andere Ursachen haben, unter die Rubrik Bleivergiftung.

2. Was die Morbidität anbetrifft: Durch Lücken in der Anzeige der Fälle und in der Kontrolle und durch andere Unvollkommenheiten.

Der medizinische Unterausschuß fügt bei: Daß die Anzeigepflicht der bleibend gefährlichen Fälle durch den Arzt und die Kontrolle durch unabhängige, vom Staate bezeichnete Ärzte befriedigende Statistiken ergeben wird. Eine solche Regelung ist schon in einigen Ländern durchgeführt.

Der medizinische Unterausschuß ist der Meinung, daß der Staub, der durch Mund und Nase eindringt, die schwerste Gefahr darstellt. Das Eindringen des Bleies durch die Haut ist praktisch ohne Bedeutung. Indessen kann das Blei in verschiedener Weise sich auf der Haut ablagern und von dort in den Mund eindringen. Der medizinische Unterausschuß macht auf die Gefahr der Atemmethoden durch Sprühen aufmerksam und auf die allerdings geringere der sprühenden Tröpfchen.

Nach den vorausgegangenen Debatten sind diese angeblich einstimmigen Antworten wohl nur durch ein weitgehendes Entgegenkommen möglich gewesen, und da darin immerhin die bestehende Gefahr anerkannt und die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen für nötig gehalten wird, so konnte das Arztgutachten immerhin als eine Anerkennung des von den Arbeitervertretern entgegen den Gefahren über alles Maß verkleinernden Behauptungen der Arbeitgebervertreter und der diesen nahestehenden Ärzte angesehen werden, wenngleich wir auch befürchten, daß sich im Laufe der Zeit noch herausstellt, daß auch an manchen Stellen des ärztlichen Gutachtens ein zu großer Optimismus hervortritt.

War auch die gesonderte Stellungnahme der anwesenden Ärzte zu den in der Hauptsache von ihnen zu beurteilenden medizinischen Fachfragen eine Notwendigkeit, um die allgemeinen Kommissionsberatungen abzukürzen, so war doch zu bedauern, daß es dadurch vor allem den Arbeitervertretern nicht möglich wurde, manches, was einige Ärzte in überaus ausgedehnten Erörterungen dargelegt hatten, ins rechte Licht zu rücken. Doch, was hier nicht möglich war, ist an anderer Stelle und bei anderer Gelegenheit nachgeholt worden. Jedenfalls wird aber auch in Zukunft noch manches darüber zu sagen sein.

Nach Erledigung der medizinischen wurden die ökonomischen und technischen Fragen erörtert, zum Teil in Abwesenheit der zu ihren Sonderberatungen versammelten Ärzte.

Auch hier standen die Ansichten der Unternehmervertreter denen der Arbeitervertreter gegenüber; die Regierungsvorstellung waren geteilter Meinung oder nahmen eine vermittelnde Haltung ein. Während die Bleiweißindustriellen ihr Produkt für unentbehrlich sowohl bei Innen- als auch bei Außenarbeiten hielten, wurde dem von den Arbeiter- und auch von einigen Regierungsvertretern entgegengetreten. Sie konnten sich dabei, soweit es sich um ein Innenverbot handelt, auch auf die Ansicht des größten Teiles der Malermeister und auf viele andere einwandfreie Zeugen stützen.

Weihnachten.

Stille Nacht, heilige Nacht.
Kriegswucher, Stichterpracht - - -
In der Stille vor Glend und Rot.
Kalt und ebe,
Raum Sticht und knapp Brot . . .

Auch das diesjährige Weihnachtsfest bringt uns Proletariats nicht das Glück und nicht den Frieden, bringt uns nicht den gedachten Tisch, nicht das notwendige Unterzeug, nicht den wärmenden Platz und auch nur in ungenügendstem Maße die von wohliger Wärme durchstrahlte Stube.

Unsere Kinder flüstern uns allerhand Wünsche in das Ohr; sie zeigen uns, wenn wir an den hellereuchtesten Schaulustern vorbeigehen, all die Sachen, die sie gern haben möchten, manchen mit ihren hellen Stimmchen darauf aufmerksam, daß dort schöne Kleidchen, dort bunte Bücher und hier allersüßste Bonbons, Schokoladen und glitzernde Zuckerwaren anliegen.

Wir würden es ja auch unter der drückenden Sorge um das tägliche Brot vergehen, daß das Weihnachtsfest ein Kinderfest ist; daß die Belohnungsidee doch ein von uns Kindern in die Wirklichkeit umgewandelt werden soll. Für uns ergibt der unglückliche Jander, den die kirchlichen Kreise den Eltern vorschreiben, nicht mehr.

Auch unsere Kinder haben vor diesem Gedankengang entgegen; kassenbewahrende Arbeiter müssen die Gebirne ihrer Kinder von allem Ueberflüssigen fernhalten. Der alte Herrgotts, wozu der Glaube an den Einfluß eines Gottsejens die Menschheit befreit aus dem Jammertal, muß vor allen den Kindern der Arbeiter ungenutzt werden, indem man ihnen sagt: Der Mensch machte seine Götter und das Jammertal auch. Befreien kann uns nur der Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalisten ausüben und uns politisch und geistig zu Geloten machen müssen. Diesen Kampf müssen wir selbst führen; wir müssen in unsere eigenen Reihen jede Schwächheit ausschalten, um solche allen überflüssigen Gebirnen und Sitten auszurotten.

Es kann keine Verzeihung mit denen geben, die uns aus Spott und das Recht zu leben verweigern, indem sie laut rufen: Das Proletariat an den Gürtelzugungs- und

Transportmitteln darf nicht angefaßt werden, aber damit nur wollen, daß sie allen erschaffenen Mehrwert aus der geleisteten Arbeit für sich verwenden möchten. Nicht einmal gewährt das Unternehmertum dem Arbeiter so viel, daß die unerhörten Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen ausgeglichen würden.

Man will die Arbeitszeit verlängern, man will somit Raubbau mit der Volkskraft treiben, man will uns frühzeitig in den Tod treiben, weil ja unsere Körper, unsere Nerven infolge jahrelanger Unterernährung nicht mehr widerstandsfähig genug sind.

Haben wir Proletarier Grund, ein solches System zu schätzen? Haben wir Veranlassung, es zu stützen, indem wir unsere Kinder, unsere Zubericht auf bessere Zeiten, denen ausliefern, die diesen Zustand des Hungers und Jammers erhalten wollen?

Gerade das Weihnachtsfest als angebliches Fest der Liebe und Verzeihung ist mehr als je geeignet, unsere Kinder an der Hand von Beispielen die Greuelstaten der Privatwirtschaft vor das geistige und leibliche Auge zu führen.

Wir müssen den Keim in die Herzen unserer Kinder legen, damit sie lernen, frühzeitig alle Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, die uns auf Schritt und Tritt verfolgen. Die Ketten, die am Fuße des Kindes schon klingen, hindern es am Aufstieg; das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ wird in der kapitalistischen Gesellschaftsweise zur Phrase, weil ja die Güterwirtschaft noch lange nicht ausgerottet ist.

Darum heißt es für uns: Eine Verzeihung kann es nicht geben! Wir legen das Gelöbnis an, zu kämpfen für eine Wirtschaftsweise, für den Sozialismus! Seine Herrschaft gibt uns die Gewähr, daß es keine hungernden und frierenden Menschen, keine ungefüllten, sehnsüchtigen Kinderherzen mehr gibt. Der Sozialismus gibt uns die Gewißheit, daß Schmarotzer, die ihren Leib und ihre Seele verkaufen, um Brot und Kleidung zu haben, kein Gehör mehr finden, indes die Ausbeuteten, die Kämpfer darben.

Das Gelöbnis zum Kampf tun wir selbst, indem wir unsere Kinder im Sinne des Klassenkampfes erziehen. Erst dann bricht die Weihnacht der Menschheit an, wenn der Sozialismus genügt!

Arbeit.

Die Arbeit ist der Kern unseres Daseins. Darin sind alle einer Meinung, die sich ernstlich durchgerungen haben zu einer Weltanschauung. Doch bekommt die Arbeit immer einen verschiedenen Charakter, je nach der Auffassung des einzelnen über Leben und Welt.

Was ist Arbeit? Nach dem Begriff der überlieferten Welt ist die Arbeit Selbstzweck. Jeder arbeitet um der Arbeit willen, weil leben eben arbeiten heißt. Aus welchem Gefühl heraus die Arbeit vollbracht wird, ist diesen Menschen gleich. Gleich ist es ihnen, wenn die Arbeit gilt.

Welche Seelenlosigkeit ist nötig zu solcher Auffassung! Welcher Mangel an geistigem Drangel! Wie eine Maschine dreht sich dieser Mensch durchs Leben, mechanisch, stumpf.

Die Arbeit soll Seele sein! Das ist das Wollen der neuen Welt. Das ist das Wollen des Proletariats. Wohl arbeiten, doch mit dem Herzen und wissen: so für sich, sondern um der Menschheit willen. Nicht aus stupidem Bedürfnis nach Ausfüllung der Tage, sondern um des Wachstums des Ganzen willen. Nicht als Selbstzweck, sondern als Bruderdienst.

Gewiß ist Tätigkeit nötig, gewiß hat der Mensch seine Kräfte, um sie zu gebrauchen. Doch so mancher Mensch, so viele Laufende haben noch mehr. Sie haben auch noch ein fühlendes Herz und ein ichentendes Wollen. Und die Harmonie von beiden, die Harmonie von Arbeit und Seele: das ist das Glück.

Wie wird die Persönlichkeit immer hingestellt als der Erdenkinder höchstes Glück. Ist das denn die volle, geschlossene Persönlichkeit, wenn die Faust schafft ohne das Hirn und das Hirn ohne das Herz? Aber in diesem praktischen Persönlichkeitschaffen, da verjagt das schöngeistige Herrenvolk. Wenn die Persönlichkeit einmal ihre Auferstehung feiern soll, wenn sie in der freien, aus dem Inneren herausgeborenen Persönlichkeitsarbeit einmal jauchzend aufleben soll, dann steht die graue Theorie jenseitig — weil es dann etwas Neues gilt, den Kampf gegen das Alte, gegen das Seiende, gegen die Wirklichkeit, gegen den Kapitalismus.

Sein ganzes geistiges und seelisches Ich soll der Mensch hineinlegen in sein Tagewerk. Es soll die Blüte seiner Seele sein, bestimmt, Sonne und Freude auszuteilen allen. Die freie Arbeit für das Ganze, das ist Arbeit. Und der proletarische Kampf gibt uns ins Herz hinein den lebenden Glauben eines neuen Arbeitstages. Dr. Gustav Hoffman

Hierauf diskutierte die Kommission die Möglichkeit wirk- samer Schutzmaßnahmen, wobei besonders die Frage der Staubentwicklung durch Trockenschleifen usw. erörtert wurde. Ueber die Bedeutung von besonderen Vorschriften zur Förde- rung der Reinlichkeit gingen die Meinungen auseinander. Während die Bleiweißindustriellen behaupteten, daß die in der Industrie möglichen scharfen Vorschriften auch auf den Arbeitsstellen des Malergewerbes durchführbar seien, wurde hierüber vor allem von den Arbeitervertretern besonders wegen der Schwierigkeiten einer scharfen Kontrolle sehr pessimistisch geurteilt.

Nach Erörterung der ökonomischen Folgen eines Bleiweiß- verbotes, aus denen der Interessenkonflikt zwischen Blei- und Zinkweißproduzenten stark hervorleuchtete, ließen von den ver- schiedenen Seiten eine Reihe Vorschläge ein.

Bei der Abstimmung wurde der von der Arbeiterver- tretung eingereichte Antrag auf ein allgemeines Blei- weißverbot mit 14 gegen 9 Stimmen bei einer Ent- haltung abgelehnt. Dem gleichen Schicksal verfiel ein Antrag des französischen Regierungsvertreters auf ein Innen- und ein bedingtes Außenverbot mit 13 gegen 10 Stimmen. Ein Antrag des belgischen Regierungsver- treters auf ein Verbot bleiweißhaltiger Farbstoffe zu Innenanstrichen mit über 4% Blei und für Außen- anstriche, die nicht Wind und Wetter ausgesetzt sind, wurde mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt. — Schließlich wurde zwischen den dänischen und englischen Vertretern D e r s t e d t und L e g g e ein Kompromiß herbeigeführt. Der so zustande gekommene Vorschlag einer Reihe Maßregeln zur Eindäm- nung der bestehenden Bleigefahren ohne ein Verbot des Blei- weiß auch nur zu Innenanstrichen fand dann mit 14 gegen 10 Stimmen Zustimmung.

Im nächsten „Vereins-Anzeiger“ werde ich den so zu- nächst angenommenen Kommissionsantrag nebst dem dazu eingereichten Minderheitsantrag der Arbeiter und einiger Re- gierungsvertreter, der auch weiter zum mindesten ein Innen- verbot befürwortete, wiedergeben und eingehender über den Verlauf der Verhandlungen im Plenum berichten, die, wie schon mitgeteilt, ein wesentlich günstigeres Ergebnis hatten. O. St.

Lackierer.

Hamburg. Am 9. Dezember tagte im Gewerkschaftshause die monatliche Versammlung der Abteilung Lackierer. Auf der Tagesordnung stand: Die Lohnbewegungen der Lackierer in den verschiedenen Gruppen und Branchen des Lackierer- gewerbes. An Hand einer kürzlich aufgenommenen Statistik berichtete Kollege T o n n, daß etwa 47 Betriebe vorhanden seien, in denen 301 Lackierer beschäftigt sind. Von diesen steht der kleinste Teil, nämlich 13 Kleinbetriebe, der Wagen- und Möbellackereien mit 43 Beschäftigten unter dem Reichs- tarif für das Malergewerbe. Für diese werden die Löhne von der zentralen Verhandlungskommission in Berlin ge- regelt, während 37 Großbetriebe der Fahrzeug- und Möbel- baubranche mit 258 Beschäftigten der reichstariflichen Rege- lung nicht unterliegen. Von den letzteren haben aber 17 Be- triebe (Möbelfabriken) mit 81 Beschäftigten überhaupt keine tarifliche Regelung ihrer Arbeitslöhne. Die Arbeitgeber dieser Branche richten sich mit der Entlohnung der Lackierer nach den für sie sehr vorteilhaftesten verhältnismäßig niedrigen Löhnen des Reichstarifvertrages. Alle Bemühungen, hier eine gemeinsame Regelung der Entlohnung mit den übrigen Betriebsarbeitern anzustreben, sind bisher erfolglos geblieben, während in den Großbetrieben des Fahrzeugbaues die gemein- same Front aller Betriebsarbeiter längst hergestellt ist. Im ganzen sei diese Zersplitterung aufs tiefste zu bedauern. Die Kollegen selbst aber mühten mit aller Entschiedenheit eine größere Aktivität bei ihren Lohnregelungen an den Tag legen. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Ins- besondere wurde kritisiert, daß die Regelung der Reichstari- flöhne für Dezember und Januar mit 10,70 M respektive 11,40 M unter aller Erwartung schlecht ausgefallen sei. Weiter wurde aber auch auf das Bedenkliche der reichstari- flichen Regelung für eine kleine Minderheit, wodurch andere kleine Gruppen der Kollegen der gleichen Branche benach- teiligt werden, hingewiesen, zumal kein Kollege irgendwelchen Einfluß auf Annahme oder Ablehnung der als Haupttari- fantscheid herauskommenden Löhne habe. Allerdings, die kleine Gruppe der in Betracht kommenden Arbeitgeber habe den Vorteil, der für sie aus dieser Sachlage erwachse, längst erkannt und halte mit aller Zähigkeit an der bisherigen zentralen Regelung fest. Es wurde weiter die Forderung erhoben, daß endlich mit der reichstariflichen Lohnregelung für ein reichliches Duzend Hamburger Kleinbetriebe gebrochen werden solle, zumal für keinen andern Ort des Deutschen Reiches besondere Lackierlöhne reichstariflich geregelt wer- den. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlie- ßung an: „Die Versammlung der Sektion Lackierer hat Kenntnis von dem Resultat der zentralen Lohnregelung für Dezember und Januar genommen. Die Versammlung spricht ihren scharfen Protest aus. Die Spanne zwischen Lackierer- und Malerlöhnen ist noch weiter vergrößert wor- den, obwohl die Lackierer stets das Gegenteil gefordert haben. Die Versammlung fordert von der zentralen Verhandlungs- kommission, daß sie diese Scharte noch während der laufenden Tarifzeit wieder ausweicht und annehmbare Löhne für die Lackierer erwirkt. Wenn es nicht möglich ist, vom Haupttari- famt zum mindesten die Gleichstellung in der Entlohnung mit den Malern zu erwirken, verlangen die Lackierer von der Organisation, daß sie bei dem demnächst zu erwartenden Neuabschluß des Reichstarifvertrages aus diesem auscheiden.“ Die Versammlung beschloß noch, auch im kommenden Jahre regelmäßig jeden zweiten Freitag im Monat Mitglieder- versammlung abzuhalten; diese findet von nun an stets im Gewerkschaftshause, kleiner Saal, erster Stock, statt.

Aus der Betriebsrätepraxis.

Kündigungen und Entlassungen in Werkstätten ohne Betriebsrats- und Einspruchsmöglichkeiten beim Schlichtungsausschuß. In Werkstätten, in denen kein Be- tribsrat besteht — meist dann, wenn weniger als 20 Arbeiter beschäftigt werden, oder wo die Beschäftigten die Wahl aus ir- gendwelchen Gründen unterlassen haben — ist ein Einspruch gegen Kündigungen, aber — wo diese gegenseitig ausge-

schlossen ist — Entlassungen insofern nicht möglich, als er nicht auf das Betriebsrätegesetz gestützt werden kann. Dies ist gegenüber den in Betrieben mit Betriebsräten beschäftigten Arbeitnehmern ein großer Nachteil. Als Schutz gegen an- scheinend unberechtigte Entlassungen kann hier nur die Ver- ordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920 herangezogen werden. § 12 dieser Verordnung besagt, daß Entlassungen nicht vor- genommen werden dürfen, wenn Weiterbeschäftigung dadurch möglich ist, daß die Arbeitszeit verkürzt wird. Werden also Kündigungen oder Entlassungen vorgenommen mit der Begründung, daß es an Arbeit mangelt, obwohl nach Ansicht der Betroffenen eine Verkürzung der Arbeitszeit noch möglich wäre, so kann beim Schlichtungsausschuß Einspruch dagegen erhoben werden, gestützt auf vorgenannte Verordnung. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit kann bis zu 24 Stunden wöchentlich gegangen werden. Wo dem aber betriebstechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, können Entlassungen auch bei einer längeren Arbeitszeit zu Recht bestehen, doch ist in diesen Fällen die Anrufung des Schlichtungsausschusses zulässig. Weiterhin kann § 13 der gleichen Verordnung bei unbilligen Entlassungen angezogen werden; denn in ihm sind Vor- schriften für die Auswahl der zur Entlassung Kommenden — wenn dies trotz Einhaltung des § 12 nicht zu umgehen ist — enthalten. Es sollen nach der Erfordernis des ein- zelnen für den Betrieb, besonders auch Lebens- und Dienst- alter, sowie der Familienverhältnisse, insbesondere aber Kriegs- beschädigte und Kriegshinterbliebene, berücksichtigt werden.

Gewerkschaftliches.

Karl Legien zum Gedächtnis.

Anlässlich einer Vorstandskonferenz in Berlin wurde am 18. Dezember am Grabe des unbegleiteten Vorkämpfers der deutschen Gewerkschaften, Karl Legien, die feier- liche Enthüllung eines Gedenksteines vorgenommen, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seinem langjährigen Vorsitzenden gesetzt hat.

Auf dem von grünen Nottannen umrahmten Grabhügel waren 2 prächtige Kränze, je einer vom Allgemeinen Deut- schen Gewerkschaftsbund und dem IFA-Bund niedergelegt. Die zahlreiche Beteiligung an der Feier legte ein bedeu- tendes Zeugnis für die Verehrung und hohe Achtung des nun bald ein Jahr unter der Erde ruhenden lieben Toten ab. Ge- nosse G r a f m a n n führte in seiner Ansprache aus, daß Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewer- kchaftsbundes sich einig waren, das Andenken ihres lang- jährigen Führers in sichtbarster Form zu ehren, und wir sehen heute an der Stelle, die Legiens sterbliche Hülle birgt, ein Denkmal auftragen, das in seiner Form und Gestaltung zweifellos dem Wesen und Wirken Legiens entspricht. Raub und Kantig, wuchtig und trotzig wie dieser Stein, der nur seinen Namen trägt, war Legiens Wesen. Und diesem äußer- lichen Gehaben entsprachen seine Auffassung und sein Wirken. Wir, die wir heute zu seinem Gedächtnis versammelt sind, wollen angesichts des Gedenksteines neue Kraft sammeln zur Bewältigung der großen Aufgaben, die den Gewerkschaften bevorstehen.

Dunkel und düster wie dieser Dezembertag ist die Zu- kunft unseres Volkes, unserer Arbeiter. Niemand vermag vorauszuweisen, wie sich die nächsten Monate, geschweige denn die nächsten Jahre gestalten werden. Wir müssen die sich aufstürmenden Schwierigkeiten trotzdem meistern, und wir können das, wenn wir im Geiste Legiens, in der Er- innerung an seine Zähigkeit, seinen Opfermut und seinen Zukunftsglauben wirken und streben. Die sichtbare Ver- stärkung der geschlossenen kraftvollen Persönlichkeit Legiens, wie sie uns dieser Stein vor Augen stellt, gibt uns neuen Antrieb zur Geschlossenheit und zur kraftvollen Tat. Mit diesem Gelöbnis wollen wir von dieser Stelle scheiden.

Während der Rede Grafmanns fiel die Hülle, die bis dahin den Stein bedeckt hatte. Es ist ein hoher kantiger und rauher Muschelkalkstein, der nur die Inschrift „Legien“ trägt.

Nach Grafmann sprach B r u n o S ü ß im Namen des IFA-Bundes, der in warmen Worten auf die Verdienste Legiens hinwies, dessen vorbildliches Wirken den Arbeiter- organisationen dauernd in Erinnerung bleiben werde. Ihm nachzueifern, müsse das Gelöbnis aller Freunde des leider so früh verstorbenen Führers sein.

Ernst und würdig schloß mit diesem Gelöbnis die ein- drucksvolle Feier.

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung. Nachdem der § 14, der bekanntlich gestattete, die Auszahlung der Unter- stützung den Genossenschaften für ihre eigenen Mitglieder zu übertragen, gewisse Einschränkungen in der Kommissions- beratung erfahren hat, beschloß die Reichsregierung, vom 5. Dezember 1921 an eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung zuzulassen. Die Höchsthöhe betragen nunmehr:

1. Für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben, in den Ortsklassen A 15 M, B 13,75 M, C 12,50 M, D und E 11,25 M; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, in den Ortsklassen A 12,50 M, B 11,25 M, C 10 M, D und E 8,75 M; c) unter 21 Jahren in den Orts- klassen A 8,50 M, B 7,75 M, C 7 M, D und E 6,25 M.

2. Für weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalte eines andern leben, in den Ortsklassen A 12,50 M, B 11,25 M, C 10 M, D und E 8,75 M; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines an- dern leben, in den Ortsklassen A 8,50 M, B 7,75 M, C 7 M, D und E 6,25 M; c) unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 7 M, B 6,25 M, C 5,50 M, D und E 4,75 M.

3. Als Familienzuschläge für a) den Ehe- gatten in den Ortsklassen A 7 M, B 6,25 M, C 5,50 M, D und E 4,75 M; b) die Kinder und sonstige unterstützungs- berechtigte Angehörige in den Ortsklassen A 6 M, B 5,50 M, C 5 M, D und E 4,50 M.

Die neuen Unterstützungssätze gelten ebenso wie bisher als Höchsthöhe. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Aufsichtsbehörden, dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungssätze festzusetzen, die nicht das höchstzulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des Höchsthöhen die Unter- stützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar über- schreiten würde.

Arbeiterversicherung.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung stehen vor der Tür. Diese Wahlen haben eine große Bedeutung, weil durch sie der grundsätzliche Standpunkt geklärt werden soll, ob die Angestelltenversicherung weiterhin als selbständiges Unternehmen bestehen bleiben soll oder durch eine Verschmel- zung mit der Invalidenversicherung zu einem großzügigen Fürsorgeinstitut auszubauen ist. Da alle unsere angestellten Verbandskollegen wahlberechtigt sind, erwarten wir dringend, daß sie die vom IFA-Bund geleitete Wahlbewegung tatkräftig unterstützen und sich an der Wahl beteiligen.

Sozialpolitisches.

Die Schlichtungsordnung abgelehnt. Der Reichs- wirtschaftsrat hatte in seiner letzten Plenarsitzung den Geset- zentwurf über die Schlichtungsordnung nochmals an den sozialpolitischen Ausschuß zurückverwiesen, um dort erneut zu versuchen, eine Verständigung herbeizuführen. Der noch- mals eingesehete Unteraussschuß legte am 1. Dezember seinen Bericht vor. Bei der anschließenden Beratung zeigte sich auch diesmal, daß die Unternehmer in der Schlichtungsord- nung ein Instrument haben wollen, um die Lohnkämpfe der Arbeitnehmer durch eine gesetzliche Reglementierung abzu- würgen. Die Anträge der freien Gewerkschaften wurden zwar zum Teil gegen die Stimmen der Unternehmer ange- nommen; dennoch stimmten die freigewerkschaftlichen Aus- schußmitglieder bei der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz, weil der entscheidende § 55 eine durchaus arbeiterfeindliche Formulierung erfahren hat. Auch die von den christlichen Arbeitervertretern gestellten Verbesserungsanträge mußten im Ausschuß als durchaus unzulänglich abgelehnt werden.

Bei der Gesamtabstimmung stimmten alle Ausschußmit- glieder gegen das Gesetz: die Unternehmer, weil ihnen die Vorlage noch nicht scharfmacherisch genug ausgefallen war, die Arbeitnehmer aus der entgegengeetzten Auffassung her- aus.

Die den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschuß- mitglieder gaben zu der Abstimmung folgende Erklärung ab: Die den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschuß- mitglieder erblicken in der vom sozialpolitischen Ausschuß an- genommenen Fassung des § 55 der Schlichtungsordnung eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts.

Die unterzeichneten Arbeitnehmervertreter sehen sich des- halb gezwungen, dem vom sozialpolitischen Ausschuß be- schlossenen Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung ihre Zu- stimmung verweigern zu müssen.

Auffhäuser, Urban, Albrecht, Ellhöfer, Ströhlinger, Niedel, Dröcher, Gärtner, Umbreit, Luise Käbler, Udo, Stühmer.

Die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Nach den statistischen Berechnungen Richard Calwers stellen sich die Kosten nur für den Nahrungsmittelaufwand einer vier- köpfigen Familie, Eltern und 2 Kinder, pro Woche im November dieses Jahres auf 478,98 M gegen 418,42 M im Oktober 1921. Die Steigerung gegen den Vor- monat beträgt demnach 56,47 M pro Woche. Nachstehende Tabelle zeigt die Bewegung der Reichsindexziffer, die auf Grund der Lebensmittelpreise von circa 200 Städten Deutsch- lands berechnet wurde, seit 1914.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes pro Woche in Mark:

	1914	1918	1919	1920	1921
November	27,86	62,49	108,83	357,05	478,99

Genossenschaftliches.

Vorwärts trotz alledem! Das „Konsumgenossen- schaftliche Volksblatt“ des Zentralverbandes deut- scher Konsumvereine teilt in der Mitte Dezember erscheinenden letzten Nummer dieses Jahres mit, daß es mit Beginn des neuen Jahres wieder in umfangreicherer und etwas veränderter Gestalt vor seine Leser treten wird. Das Blatt soll zunächst sechsseitig mit erweitertem Inhalt heraus- gegeben werden. Da aber das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ schon seit Jahren zum Organ der einzelnen Re- gionsverbände geworden ist, wird diese Tatsache auch im Titel des Blattes hervorgehoben zum Ausdruck gebracht wer- den. Auf diese Weise will das genossenschaftliche Familien- blatt noch mehr als bisher in allen Teilen Deutschlands heimisch und dort jeder Konsumvereinsfamilie ein noch lieberer Freund und genossenschaftlicher Berater werden, als es dieses ohnehin schon war. Das Blatt begleitet seine Mit- teilungen mit einem wirtschaftlichen Jahresrückblick und be- merkt alsdann das Folgende: Die Zeit ist reichlich. Wehe dem, der ihre Erscheinungen mit einem Willen zu des Volkes Bestem zu beeinflussen versucht, der sich nicht nutzlos abwärts treiben läßt, wenn noch ein Ziel ihm winkt und feiner Boden. Genossenschaftler sein, heißt nicht willens- und nicht nutzlos sein. Aus dem wirtem Wirbel dieser Zeitläufe soll auf genossenschaftlichem Land uns fester Boden werden. Und dort winkt auch das Ziel: planvolle Gemeinwirtschaft. Die deutsche Kon- sumgenossenschaftsbewegung ist nicht verstoßen geblieben von den Püffen und Schlägen, die unsere Wirtschaft erdulden mußte. Alle guten Genossenschaftler wissen das aus ihrem Verein und aus den Generalversammlungen. Viel Umsicht und Entschlußkraft waren notwendig, um größte Schäden abzuwehren. Das ist im allgemeinen nicht nur gelungen, sondern die Genossenschaftsbewegung hat darüber hinaus an Bedeutung gewonnen. Eben, weil die anarchischen Wirt- schaftszustände zur organisierten Bedarfswirt- schaft drängen. Viel Umsicht und Klugheit haben wir bei zahlreichen Mitgliedschaften erleben können, nämlich dort, wo man den Konsumvereinen das an persönlicher Unterstützung und an Mitteln gab, dessen sie bedürfen, um aufrecht zu bleiben, kraftvoll zu werden und vorwärts zu kommen, heraus aus den Zuständen blinder und wütiger Willkür. Es soll auch im kommenden Jahr in unserer starken Reihe genossen- schaftlichen, zentralen Zusammenschlusses kein Glied geben, das nicht zu seinem Teil an der Einbeziehung aller Volks- kreise in unsere genossenschaftliche Wirtschaft treu und tätig wäre.

Vom Ausland.

Zur Arbeitslosenfrage schreibt der Internationale Gewerkschaftsbund:

Die Nationale Arbeitsgemeinschaft der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiterklasse hat eine Resolution veröffentlicht, die der von ihr zum 8. Dezember einberufenen Konferenz für Arbeitslosigkeit vorgelegt worden ist.

In dieser Resolution wird die auswärtige Politik der englischen Regierung insbesondere in ihrer „verhängnisvollen Wirkung auf den englischen Arbeitsmarkt“ einer scharfen Kritik unterzogen und folgende Forderungen erhoben:

1. Es sollen sofort Schritte zur Stabilisierung der Wechselkurse unternommen werden

- a) durch Beseitigung aller künstlichen politischen Schwierigkeiten, die zurzeit im internationalen Handel bestehen;
- b) durch die Herbeiführung normaler Produktionsbedingungen auf dem Kontinent, und zwar durch Schaffung eines Kreditystems oder Begebung einer internationalen Anleihe.

2. Im Einvernehmen mit unjern ehemaligen Alliierten sollen sofort Schritte unternommen werden, um alle territorialen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages von Versailles, die eine militärische Besetzung eines großen Teiles Zentraleuropas nötig machen, zu revidieren.

3. Man soll sich mit den Alliierten sofort dahin verständigen, daß die Bestimmungen über die Entschädigungsverpflichtungen revidiert werden. Die Revision soll einerseits für den Wiederaufbau der zerstörten G.iete in Nordfrankreich und Belgien Vorzüge treffen und andererseits offen zum Ausdruck bringen, daß irgendwelche allgemeine Zahlungen in Form gewaltiger Mengen von Exportgütern nur der Industrie des Landes schaden, das diese Waren aufzunehmen hat; in Wirklichkeit müssen Arbeiter dieses Landes dafür aufkommen, die Löhne infolgedessen sinken und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Solche Zahlungen sollen deshalb eingestellt werden.

4. Es soll ein Abkommen zur Annullierung der während und infolge des Krieges abgeschlossenen gegenseitigen Schuldverpflichtungen zwischen allen Nationen herbeigeführt werden, die während des Krieges miteinander verbündet waren.

Die Konferenz erklärt zum Schluß, daß die Verhältnisse in der britischen Industrie sich nicht bessern können und die britischen Arbeiter weiterhin von Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion bedroht bleiben, solange eine solche Kursänderung in der Politik nicht stattfindet. Sie mahnt die Regierung, falls sie sich weigern sollte, diese Änderungen durchzuführen, für die im Lande herrschende Wirtschaftskrise verantwortlich zu sein.

Im Sinne dieser Resolution hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund wiederholt nachdrücklich ausgesprochen. Die Arbeitslosigkeit in dem jetzigen Umfang ist eine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen und politischen Bestimmungen des Friedensvertrages und der Gefährdung, die in ihm zum Ausdruck kam, daß der Friede nur eine Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln sei.

Verschiedenes.

Die ersten Kunstblätter des „Volkskunstverlag: Das Bild.“ Der vor einiger Zeit von den 4 Gewerkschaften der graphischen Industrie gegründete „Volkskunstverlag: Das Bild“ hat seine ersten 3 Blätter fertiggestellt. Es sind: Nr. 1 „Das Balkonzimmer“ von Adolf Menzel, Nr. 2 „Der Kohlenfarren“ von Richard Schulz, und Nr. 3 „Ideale Landschaft“, ebenfalls von Richard Schulz.

„Das Balkonzimmer“, von Adolf Menzel, ist nicht nur eines der bekanntesten, sondern wirklich auch eines der schönsten Bilder der besten deutschen Malerei. Sonntags, klar, einfach und heiter, lehrt es nicht nur das Auge, sondern auch das Herz sich zu erfreuen an den kleinen, so leicht übersehenen Schönheiten des Alltags.

Die beiden Gemälde von Richard Schulz, der als einfacher Arbeiter durch eigene Kraft sich zum Maler entwickelte, ergänzen einander vortrefflich. „Der Kohlenfarren“ zeigt ein trübes, aber eindringliches Bild des Alltagslebens,

einen Ausschnitt aus der Leidensgeschichte des großstädtischen Proletariats. Die „Ideale Landschaft“ gibt, als Gegenstück, einen Blick in ein geträumtes, aber irdisch-schönes Sonnenland: Abendsonne, die Wolken und Wälder purpurn bergolpet.

Alle 3 Bilder werden jedem Zimmer und jedem Heim zur Zierde gereichen. Und nicht nur das, sie werden jedem etwas geben, der unverbundene Augen hat und ein der Schönheit und der Kunst geöffnetes Herz.

Man weiß, daß die junge Genossenschaft „jeden Kapitalgewinn“ ausschalten will, daß sie das Prinzip der Volksbühnen auf den Kunsthandel überträgt. Nur so ist es zu erklären, daß die prachtvollen Blätter nicht mehr kosten als 45 M. (mit Rahmen 105 bis 115 M.).

Die neue Genossenschaft gibt jedem Arbeiter, der überhaupt ein bißchen Geld für den Schmuck seines Heims erübrigen kann, die Gelegenheit, sich zum billigsten Preis das Allerbeste zu kaufen, das von keinem privaten Kunstverlag erreicht, geschweige denn übertroffen wird.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammenge stellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Nr. 9. 17. J. 21 216. Vac. Nicolai Jacobsen, Kopenhagen, Dänemark. Füllpinsel. 7. 2. 21. — Nr. 9. 11. D. 38 385. Math. Drudenmüller, Gamborn. Malerpinselverband. 1. 10. 20. — Nr. 75 c. 11. B. 94 355. Walter Brad, Darmstadt, Viktoriastraße 41. Optische Farbenmischvorrichtung. 3. 6. 20. — Nr. 75 c. 22. K. 71 159. Alb. Krauszberger, Holzhausen bei Leipzig. Antriebsvorrichtung für Sprühapparate. 3. 12. 19. — Nr. 75 d. 1. G. 50 571. Marianne Grosse, Berlin-Gatenssee, Reistorstraße 53. Ausschnittbild. 24. 3. 20.

Gebrauchsmuster: Nr. 75 a. 796 230. Leipziger Tangiermanier Alexander Grube, Leipzig-Blagwitz. Sprühapparat für Farben, Lacke und dergleichen. 26. 9. 21. — Nr. 9. 797 687. Ed. Shopf & Cie., Ehrenfriedersdorf, Erzgebirge. Metallfädenpinsel. 17. 10. 21.

Fachliteratur.

Illustrierter Malerkalender für 1922. Taschenbuch für Dekorationsmaler, Lackierer, Anstreicher und verwandte Gewerbe. Nebst einem Anhang (Kontor-Handbuch). Bearbeitet von J. Wenzel, Schriftleiter der „Malerzeitung“, Leipzig. Die einzige Ausgabe in Ganzleinen kostet 30 M., Portis 80 H. Bestellungen werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt und sind zu richten an den Verlag J. Pfeil & W. Pfeil in Leipzig, Emilienstraße 21.

Der im 42. Jahrgang joeben herausgegebene Malerkalender erscheint wieder in zwei Teilen, in einem geschmackvollen Ganzleinen-Einband und in einem Anhang, geheftet und beschnitten. Der gebundene Teil ist für den täglichen Gebrauch bestimmt, während der Anhang den theoretischen Teil enthält. Wenn auch dieser mit vielem Fleiß und großer Sorgfalt bearbeitete Malerkalender in der Hauptache für den selbständigen Maler gedacht ist, können wir ihn doch auch den bewährtesten Maler- und Lackierergehilfen zur Anschaffung bestens empfehlen. Er birgt eine Fülle von Material, das zu fernen für unsere Kollegen von besonderem Werte und größtem Vorteil ist. So wird zum Beispiel im Anhang die gesamte Geschäfts- und Kontorunde in ausführlichster Weise behandelt. Ueber Kalkulationen und über das Ausmessen und Berechnen von Malerarbeiten finden die Freunde des Kalenders alles für das praktische Berufsleben Notwendigste und Wichtigste. Zahlreiche Tabellen, Preisverzeichnisse, Auskünfte über Steuerfragen, erste Hilfe bei Unfällen, Postalisches, Material für Schriftmaler usw. vervollkommen den reichhaltigen Inhalt dieses preiswerten Kalenders.

Deutsche Malerzeitung die Mappe. Verlag Georg D. R. Callwey in München. Von der bekannten Fachschrift liegt das Dezemberheft vor. Es enthält unter anderem Tafel 33: Entwurf für Gartenzimmer in neuem Stil, von R. Waltherr in Bremen; Tafel 34: Zwei Decken, von Karl Sonner in Olching; Tafel 35:

Tische für ein Kinderzimmer, von M. Sternagel in München; Tafel 36: Zeigende Hände, von Karl Sonner in Olching. Vom Januar 1922 kostet die Mappe 25 M. vierteljährlich, ein geringfügiger Preis gegenüber der Preissteigerung im allgemeinen, auch im Druckerhandwerk. Nur ist zu bedauern, daß durch die zu niedrig gehaltenen Kosten die Qualität der Mappe zu kurz kommt.

Literarisches.

Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Von Prof. Heinrich Cunow. 2 Bände. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. 352 Seiten. Preis gebunden 55 M., für Bezüher des ersten Bandes 45 M., beide Bände zusammen 90 M. In dem gut ausgestatteten zweiten Band des großzügig angelegten Wertes beschäftigt sich der bekannte Verfasser hauptsächlich mit den Grundzügen der Marxschen Soziologie, besonders mit der Marxschen Entwicklungs- und Geschichtsauffassung. In 10 Kapiteln wird in allgemeinverständlicher Weise der Leser in die Grundlagen für das Verständnis der Marxschen Geschichtsauffassung eingeführt, unterstützt von einem umfangreichen hochinteressanten Beweismaterial. Die einzelnen Kapitel behandeln: Nation, Gesellschaft und Staat; die Marxsche Klassenkampftheorie; Vorstaatliche Entwicklungsstufen des Gesellschafts- und Gemeinshaftlebens; der Entwicklungsprozess der Familie; die Wirtschaftsweise als Lebensfunktion der Gesellschaft; die Marxsche Geschichtstheorie; Kritik der materialistischen Geschichtstheorie; die Marxsche Geschichtstheorie und ihre Umdeutung; Marxismus und Ethik und die Marxsche Entwicklungstheorie. Cunows neueste Schrift ist für die sozialistische Literatur eine wertvolle Bereicherung, ein Werk, das in jeder Arbeiterbibliothek einen Ehrenplatz finden muß.

Betriebsräteschulen. Bericht über eine Sachverständigenkonferenz, einberufen von der Gesellschaft für Soziale Reform. Vortrag des Referenten im preussischen Ministerium für Unterricht Ingenieur R. Woldt, Dozenten an der Universität Münster, und Diskussionsbeiträge. Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1921.

Neue Bahnen der Kulturpolitik. Von Konrad Haenisch. Verlag: J. H. W. Diez Nachfolger. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 18 M. Genosse Haenisch sucht in seinem großzügigen Buch die Aus- und Neugestaltung der Arbeiterbildung in den Dienst der Befreiung der arbeitenden Klasse zu stellen.

„Der kleine Jan.“ Ein Jahr aus seinem Leben. Mit Zeichnungen von Traugott Schaller. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis gebunden 10 M. Zur Psychologie des Kindes sind diese gelehrte Bücher geschrieben worden, die tiefe Einblicke in die Seele des Kindes gewähren. Die Resultate dieser psychologischen Untersuchungen sind leider meist tot für die Millionen von Müttern und Vätern, die sich praktisch mit der Erziehung ihrer Kinder beschäftigen. Darum verdient das vorliegende, von Heinrich Schulz verfaßte treffliche Büchlein, das diese Mütter und Väter in das Werden der Kinderleere spielend einführt, größte Beachtung und weiteste Verbreitung.

Sterbetafel.

Berlin. Am 5. Dezember starb der Kollege Gustav Schaller, geboren am 18. September 1872 in Sorau. Erfeld. Am 8. Dezember starb nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege Wilhelm Wemmers im Alter von 29 Jahren. Dresden. Am 10. Dezember starb an Tuberkulose unser langjähriges treues Mitglied Max Bösch im Alter von 57 Jahren. Wiesbaden. Am 9. Dezember starb unser Kollege Peterhardt im Alter von 51 Jahren an Schlaganfall (Gehirnschlag).

Ehre ihrem Andenten!

Nr. 50 des „Korrespondenzblatt“ liegt heute bei.

Malerschule Buxtehude

Größe und älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 155 Schüler, 35 Meisterprüfungen. Zshl. gold. Medaillen u. Ehrenpreise. Südbremer Staatsmedaille 1914. Wintersemester 1921/22: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. Akademische Kurse. Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Arbeitslose oder eine selbständige Erhaltung suchende, die mit leichter Hilfe zu Hause vom Tisch und von den Taschengeldern leben wollen, lassen sich sofort meine schon ausstehenden Vorkosten mit Erfolg benutzen. Buchhalten-Panzen zur Aufzeichnung von Brillant-Operationalmateria sowie zur Herbeiführung von Nach- und Schilderarbeiten aller Art zu haben. Mit Hilfe meiner Fach-Anweisungen kann jeder sofort die feinsten Glas- und Metallarbeiten herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Aluminium-Operationalmateria, die etwas ganz Neues und Besseres sind. Ganze Serien Facharbeiten, bestehend aus 16 Doppelarbeiten, jedes Arbeitsstück 26 große und 26 kleine Aufhänger in 5 verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm. sowie Ketten, Zahlen- und Zeichenarbeiten in verschiedenen Größen sehr fertigen Schriftarten. Alle meine Werke sind des Zeichners im Werte von 10 bis 10 M. zum Verkauf und einem hohen Brillant-Aluminium-Preis gegen Anrechnung der Vorkosten. Preis der kompletten Serie nur 47 M. gegen Vorkosten oder Einzahlung des Betrages von 45 M.

Albin Huttmacher, Vater, Vöden (Süd), Rheinland.

Hand- und Sonntag-Lux

Fr. Popp, Hamburg-Steinb.

Wilhelm Walter

Tele. Lacke, Leime

Deutsche Belegwerke für Maler und Lackierer

Hamburg, Bartelsstraße 72

Guter Nebenverdienst

durch Nachweis von Umgezieder in Wohnungen, Geschäften usw. Hansas, Holstenstr. 43, Kiel. Abteilung Kammerjägerci.

Private Malerkurse

v. Helar Grottes, Zweibrücken (Mosel). 1. St. f. Dekorationsmaler, II. St. f. Holz-, Marmor- und Sarcophagenmaler. Dauer des Kurfes: 15. Okt. d. 15. Febr. Eintr. jed. Prosp. grat.

Malermäntel

wieder in guten Qualitäten lieferbar.

Straben u. Preisliste kostenlos.

D. Wurzel & Co.

Berlin SO.

Strandstraße 13.

Telefon: 12359

Zirka 1000-1200 kg Terpeninölersatz

(reine Benzinware) mildriechend, haben äußerst vorteilhaft anzubieten

Herrn. C. Schmitz & Co.,

Hamburg, Vorsetzen 35.

Telefon: Vulkan 6417 u. 3726.

Wer liefert Adressen

gegen hohe Vergütung

größerer und mittlerer Malergesellschaften, Tischlerarbeiten, Fabriken usw.? Angebote unter „D. I. 769“ an Rudolf Hesse, Dresden.

Jeder Kollege

besitze sofort einen Probeband „Der Dekorationsmaler“

3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbentafeln. Preis 1.12 bei Vorzeigung des Beitrages.

Quellen-Verlag,

München-Perl, Pippingstr. 2.

LEHRKURSE

für neuzeitliche Holz- u. Marmormalerei

nach den patentierten Methoden der Firma

ROBERT OLDENBRUCH

PLEINFELD i. BAYERN

Im Wintermonat werden an allen Plätzen des Reiches, von einer Zahl von mindestens 10 Teilnehmern gemeldet wird, **achtstündige Abendkurse** veranstaltet. Diese sind sowohl für Fortgeschrittene, als auch für Anfänger eingerichtet und verbürgen solide Ausbildung in rationaler Arbeit nach bewährten Methoden, auch Tiefdruckverfahren! Teilnehmergebühr 60 Mk., ohne Nebenausgaben. Inbegriffen sind auch: Materialverbrauch, Werkzeugabnutzung, Beleuchtung und Heizung. — Stellenlose, Schwerekriegsbeschädigte und nachweislich Minderbemittelte erhalten angemessene Vergütung. — Stellenvermittlung für tüchtige Teilnehmer kostenlos. — Ich erüde die III. Filialen des Verbandes aus fremd. Unterstützung. Jede Auskunft erteilt bereitwilligst: **ROBERT OLDENBRUCH, Pleinfeld i. Bay., Fernruf 4.** — Drahtwort: Kolpafarben.

Die Woche vom 25. bis 31. Dezember 1921 ist die 52. Beitragswoche.